allerdings dies dem deutschen Volke gedankt hätte. Aber in die deutschen Herzen hat diese Tat Hindenburgs Namen unauslöschlich tief eingegraben. Sie gab ihm den Glanz des Vaters des Vaterlandes. Von nun an erfaßt das Heer und das deutsche Volk ein uneingeschränktes Vertrauen zu seinem Feldmarschall, das selbst in den bitteren Stunden nicht erlosch, als das Versagen der politischen Führung Hindenburg um die Früchte der gewaltigen militärischen Leistungen brachte. Im Dunkel dieser Tage aber wurden die großen Eigenschaften Hindenburgs nur um so sichtbarer: seine Treue zu seinem Volk und seine unerschütterliche und selbstlose Pflichterfüllung. Die menschliche Größe des Feldmarschalls verhinderte die schlimmste Katastrophe, und sie ließ ihn, als er zum zweiten Male aus dem Ruhestand gerufen wurde, ohne daß es damals jemand ahnen konnte, in wunderbarer Schicksalsfügung zum Wegbereiter des Werkes Adolf Hitlers werden. Lange Jahre blieb der Feldmarschall der allen Deutschen vorbildliche Hüter und Bewahrer der heiligen Flamme, die er unter der Asche der Nachkriegszeit lebendig hielt, bis ihr läuterndes Feuer in allen Herzen wieder durchbrechen konnte.

Es ist eine wundervolle Fügung des Schicksals, daß der Marschall, der schon zu seinen Lebzeiten zu einer überpersönlichen, mythischen Gestalt der deutschen Geschichte geworden war, als der gute Geist der Nation leben und wirken durfte, bis das Werk der Einigung und der Erneuerung durch den Führer gesichert war, und die Forderungen, die Hindenburg durch die Kraft seines Beispiels an die Haltung und den Charakter seines Volkes stellte, wieder allen Deutschen zum leuchtenden Ideal geworden waren. Sein Vermächtnis an das deutsche Volk fassen am besten die kennzeichnenden Aussprüche zusammen, die in großen Buchstaben an den Flügeltüren zur Gruft im Tannenberg-Nationaldenkmal angebracht sind: „Maßgebend in meinem Leben und Tun war für mich nicht der Beifall der Welt, sondern die eigene Ueberzeugung, die Pflicht und das Gewissen", und „Bis zu meinem letzten Atemzuge wird die Wiedergeburt Deutschlands meine einzige Sorge, der Inhalt meines Bangens und Betens sein".

Unsere Pflicht aber ist es, die heilige Flamme, die Hindenburg gerettet und bewahrt hat, in uns ungeschwächt lebendig zu halten, damit wir sie einst an unsere Kinder und Enkel weitergeben können. Keine schönere Ehrung könnten wir dem toten Feldmarschall bereiten. Und nicht besser könnten wir am heutigen 2. Oktober dem Führer dafür danken, daß er durch die Schaffung der jungen deutschen Wehrmacht eine große Hoffnung des Feldmarschalls rascher erfüllt hat, als wir noch vor einem Jahre ahnen konnten. Der Segen, der durch die Tatkraft Adolf Hitlers aus dem Lebenswerk Hindenburgs erstanden ist, soll uns ein steter Ansporn sein, zu jeder Stunde wie der heimgegangene Feldherr mutig und pflichttreu für Ehre und Freiheit unseres Volkes einzustehen. Diese Pflichterfüllung bis zum letzten Atemzuge, dieser treue Dienst an Volk und Vaterland, die Hindenburg uns vorlebte, das sind die mächtigen Mahnungen, die von der heiligen Erde von Tannenberg für alle Zeiten ausgehen werden, nachdem das deutsche Nationaldenkmal mit dem Ausbau der letzten Ruhestätte Hindenburgs seine höchste Weihe erhalten hat.

Rege Tätigkeit in der Downing Street

Eden erstattet Bericht

London, 1. Oktober.

Minister Eden traf am Dienstagmittag, von Genf kommend, im Flugzeug in London ein. Kurze Zeit später begab er sich ins Foreign Office, wo er Besprechungen mit Unterstaatssekretär Sir Robert Vansittart und anderen leitenden Beamten hatte. Zur Vorbereitung der Kabinettssitzung am Mittwoch fand abends eine

Aussprache zwischen Eden, Baldwin und Sir Samuel Hoare

statt. — Die gespannte internationale Lage und die bevorstehenden folgenschweren Entscheidungen fanden am Dienstag sichtbaren Ausdruck in der überaus regen Tätigkeit, die nunmehr wieder im englischen Regierungsviertel herrscht. Am Vormittag sprach, wie verlautet, der französische Botschafter Corbin im Foreign Office vor. Am Nachmittag stattete der frühere Außenminister Austen Chamberlain, der in außenpolitischen Fragen nach wie vor zu den engeren Beratern der Regierung zählt, dem Ministerium einen Besuch ab. Besondere Erwähnung verdient ferner die Vorsprache des früheren britischen Oberkommissars in Aegypten, Lord Lloyd, der dem rechten Flügel der konservativen Partei angehört. In der Downing Street Nr. 10, wo Ministerpräsident Baldwin am heutigen Dienstag seine Wohnung bezogen hat, nachdem das Gebäude nach dem Rücktritt Macdonalds neu hergerichtet worden ist, hatte der Wirtschaftsminister Runciman eine Besprechung mit Baldwin. Erwähnt zu werden verdient schließlich die Tatsache, daß die Führer der Freikirchen von Baldwin zu einer etwa einstündigen Unterredung empfangen wurden, in der

die internationale Lage eingehend erörtert

wurde. Eden, der dem Kabinett am Mittwochvormittag über die Entwicklung in Genf Bericht erstattet, wird voraussichtlich bereits am Nachmittag wieder nach Genf zurückkehren. Bei seiner Ankunft in London lehnte er übrigens jede Aeußerung über den italienisch-abessinischen Streitfall ab.

Der englische Botschafter bei Laval

Paris, 1. Oktober.

Der französische Ministerpräsident und Außenminister Laval, der in der Nacht in die Hauptstadt zurückgekehrt ist, hatte am Dienstagvormittag eine Unterredung mit dem englischen Botschafter. Ueber den Inhalt ist bisher nichts bekannt geworden. Man nimmt jedoch an, daß sie sich auf die gegenwärtigen französisch-englischen Verhandlungen über die Lage im Mittelmeer im Fall von Sühnemaßnahmen bezogen habe. Ein Zeitpunkt für den nächsten französischen Ministerrat ist noch nicht festgesetzt worden. Augenscheinlich will die französische Regierung das Ergebnis des englischen Ministerrats abwarten.

Völkerbundsminister Eden ist am Dienstagmorgen nach London weitergeflogen, ohne sich mit Laval getroffen zu haben. Doch verlautet aus gut unterrichteten Kreisen, daß Minister Eden auf seiner Rückreise nach Genf unmittelbar nach dem englischen Ministerrat eine Aussprache mit dem französischen Ministerpräsidenten haben werde.

Englands Werben um Frankreichs Sanktionshilfe

Reuter bestätigt die britische Anfrage

London, 1. Oktober.

Reuter bestätigt in einer Spätausgabe die Berichte, daß die britische Regierung bei der französischen Regierung eine Anfrage bezüglich ihrer Haltung im Falle eines plötzlichen Angriffes der italienischen Flotte auf die britische Flotte gestellt hat.

Reuters diplomatischer Mitarbeiter teilt hierzu mit: „Bei dieser Anfrage handelt es sich nicht um ein Handelsgeschäft. Der Tenor unserer letzten Note an Frankreich hing in keiner Weise davon ab, daß wir eine günstige Antwort wegen der Flottenlage im Mittelmeer erhalten würden. Die aufgeworfene Frage ergab sich daraus, daß

in Artikel 16 der Völkerbundssatzung eine Lücke

festgestellt wurde. Im Unterabsatz 8 verpflichten sich alle Mitglieder, im Falle eines isolierten Angriffes zusammenzustehen, sobald der Völkerbund ein gemeinschaftliches Vorgehen beschlossen hat. Es wird jedoch hierbei keinerlei Richtlinie für die Zwischenzeit gegeben, nämlich für die Zeit, bevor die Entscheidung gefällt worden ist. Es wird angenommen, daß die französische Regierung mit der britischen Auslegung übereinstimmt, wonach Völkerbundsmitglieder im Falle eines solchen Angriffs einander Beistand leisten sollten."

In London wird Wert auf die Feststellung gelegt, daß die britische Regierung in ihrer letzten Note an Frankreich so weit gegangen ist, wie irgendeine britische Regierung gehen könnte, da die öffentliche Meinung Großbritanniens es wahrscheinlich nicht gebilligt haben würde, wenn die Regierung irgendwelche ins einzelne gehende Verpflichtungen in einem hypothetischen Fall übernommen hätte. Man hoffe aufrichtig, daß Frankreich zufriedengestellt sei.

Wenn England gedrängt werden solle, genauere Garantien zu geben, würde es geneigt sein, zu fragen, warum Frankreich in einem klarliegenden Fall geneigt sei, weniger zu tun, als es von England in einem hypothetischen Fall verlange.

Es werde jedoch nicht angenommen, daß die französische Haltung England in die Lage versetzen werde, diese Frage zu stellen.

Der Reuter-Mitarbeiter wendet sich dann gegen die Versuche der italienischen Propaganda, Großbritannien selbstsüchtige Interessen in Abessinien zu unterstellen. Die englische Haltung in der abessinischen Frage sei Italien seit langem bekannt gewesen. Italien habe sich daher keinerlei Illusionen machen können. In England sehe man die Lage nach wie vor als äußerst ernst an. Der Korrespondent erklärt, die Lage in Genf sei derart, daß man nicht erwarten könne, es werde sich dort ein Wunder ereignen.

Man könne nicht hoffen, daß der Ausbruch eines Krieges verhindert werde, könne aber sicher sein, daß die britische Regierung alles in ihrer Macht befindliche tun werde, um mit Hilfe der Völkerbundsmaschinerie den Krieg so bald wie möglich zu beenden.

Großbritannien beabsichtige aber nicht, irgendwelche Einzelaktion außerhalb des Völkerbundes zu unternehmen. Die allgemeine Ansicht gehe dahin, daß England sein Teil getan habe, um den Völkerbund durch die gegenwärtige Krise zu bringen. Es hänge nun von den anderen Regierungen ab, ob eine schnelle Lösung erreicht werde. Unvermeidlich würde ein Versagen des Völkerbundes dazu führen, daß die britische öffentliche Meinung ihr Interesse an ihm verliere. Es sei daher von entscheidender Bedeutung, daß alle Regierungen aktiven Anteil nehmen, wenn die Maschinerie für die friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten intakt bleiben solle.

Wenn der Völkerbund Sühnemaßnahmen beschließe, würden diese auf zwei Grundsätzen beruhen:

1. Jedes wichtige Land müsse teilnehmen.

2. Die Sühnemaßnahmen dürften nicht durch die Handlung von Nichtmitgliedsstaaten, wie zum Beispiel die Vereinigten Staaten und Deutschland, zunichte gemacht werden. Dies letztere würde insbesondere wichtig sein, sobald wirtschaftliche Druckmaßnahmen beschlossen würden.

Man wisse, daß die Haltung der Vereinigten Staaten sich nicht gegen eine Völkerbundsaktion wenden werde.

Bezüglich Deutschland sei es unwahrscheinlich, daß es sich in den Streit verwickeln lasse.

Wenn Kritiker die britische Regierung fragen, warum die britische Haltung gegenwärtig so außerordentlich „steif" sei, obwohl sie doch im mandschurischen Streit so nachgiebig gewesen sei, so sei darauf zu antworten, daß der Völkerbund in der Mandschurei nichts habe tun können, wenn nicht Sowjetrußland oder die Vereinigten Staaten sich beteiligt hätten. Im gegenwärtigen Fall sei der Völkerbund jedoch in der Lage, den Streit aktiv zu behandeln. Es würde also keinerlei Entschuldigung für ein Ausweichen geben. Schließlich betont der Reuter-Korrespondent, ein Beweis für die Tatsache, daß England seine eigenen Interessen hinter die des Völkerbundes zurückgestellt habe, sei, daß es den Tanaseeplan nicht weiter betrieben habe.

Ministerrat über Frankreichs Antwort

Paris, 2. Oktober.

Die Antwort der französischen Regierung auf die britische Anfrage wegen der Haltung der französischen Regierung bei einem Streitfall im Mittelmeer wird, wie von zuständiger Stelle verlautet, voraussichtlich im nächsten Ministerrat am Freitag festgelegt werden. Ministerpräsident und Außenminister Laval wird dem Ministerrat außerdem über die Genfer Tagung und den abessinischen Streitfall Bericht erstatten. Die von der britischen Regierung gestellten Fragen werden zur Zeit von Laval und dem französischen Außenministerium geprüft. Die britische Anfrage wird als „nuancierter" bezeichnet, als die verschiedenen Pressemeldungen vermuten lassen. Ueber die Unterredung, die Ministerpräsident Laval im Laufe des Dienstags mit dem britischen und dem italienischen Botschafter gehabt hat, wird lediglich bekannt, daß bisher über die zu erteilende Antwort noch keine Entscheidung gefallen ist. Die britische Anfrage, so betont man in gutunterrichteten Kreisen, verlange eine um so aufmerksamere Prüfung, da sie geeignet sei, in Zukunft und bei anderen Möglichkeiten zahlreiche und verwickelte Fragen entstehen zu lassen.

Erbitterung in Italien

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 1. Oktober.

Die Anfrage der englischen Regierung, wie sich die französische Flotte im Falle eines Sanktionskrieges verhalten würde, hat in Rom naturgemäß eine starke Erregung hervorgerufen. Verhältnismäßig gemäßigt äußert sich das offizielle Organ, das dem Außenministerium nahesteht, das Blatt „Giornale d'Italia". Es verweist darauf,

daß die Konzentration der britischen Flotte im Mittelmeer also doch die Bildung einer Blockade verfolge, deren Bedeutung und deren Folgen in keinem Teile der Welt verkannt werden könnten.

Sehr viel schärfer sind die Ausführungen der „Tribuna", die eine Mittelmeerblockade, die auf eine Unterbindung des italienischen Wirtschaftslebens gerichtet sei, als eine unerhörte Angriffshandlung kennzeichnet.

Die Beteiligung an der Memelwahl

91,3 v. H. die vorläufig endgültige Feststellung

Memel, 1. Oktober.

Die vorläufig endgültige Feststellung der Beteiligung an den Wahlen zum Memelländischen Landtag ergibt folgendes:

Stimmbereich:	Wahlberechtigte:	Wähler:	Hundertsatz:
Memel-Stadt	24 491	22 640	92,5 v. H.
Memel-Land	14 290	12 918	90,4 v. H.
Kreis Heydekrug	16 141	14 221	92,4 v. H.
Kreis Pogegen	20 009	17 980	89,9 v. H.

Insgesamt Wahlberechtigte 74 981, Wähler 68 459, Hundertsatz 91,3 v. H.

In diesem Gesamtergebnis fehlt der Bezirk Wietzen-Jugnaten, in dem bekanntlich am Sonntag neu gewählt wird.

Devisenbewirtschaftung in Litauen

Kowno, 1. Oktober.

Die immer weiter um sich greifenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten Litauens, die in den letzten Monaten zu einem beschleunigten Abfluß des Gold- und Devisenbestandes führten, haben die litauische Regierung nunmehr veranlaßt, eine sehr weitgehende Devisenbewirtschaftung einzuführen. Im Regierungsanzeiger wird am Dienstag ein sofort in Kraft tretendes Gesetz veröffentlicht, das die gesamte Devisenbewirtschaftung der litauischen Notenbank überträgt.

Der An- und Verkauf sowie die Ueberweisung von Devisen und Gold, sowie alle damit verbundenen Operationen dürfen nur von einer eigens vom Ministerkabinett eingesetzten Devisenkommission ausgeführt werden. Alle Handelsunternehmungen jeder Art müssen ihre Devisenbestände und ihre eingehenden Devisen innerhalb von fünf Tagen der Litauischen Notenbank abtreten. Privatpersonen müssen ihre Devisenbestände innerhalb dieser Zeit lediglich anmelden. Von dieser Bestimmung ausgenommen sind Gold- und Devisenbestände im Betrage bis zu 50 Lit und Silbergeld in beliebiger Höhe. Alle Behörden einschließlich der autonomen Organe des Memelgebietes dürfen zahlungspflichtige Devisenverbindlichkeiten mit dem Auslande nur mit Genehmigung des Finanzministeriums eingehen.

Gömbös wieder in Budapest

Budapest, 1. Oktober.

Ministerpräsident Gömbös verließ am Dienstag gegen 13,15 Uhr Berlin mit dem Flugzeug „Manfred v. Richthofen". Zum Abschied hatten sich im Flughafen Tempelhof auf dem Rollfeld Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath, der stellvertretende Chef des Protokolls, v. Levetzow, der Ungarnreferent im Auswärtigen Amt, Legationsrat v. Lorenz, der Adjutant des preußischen Ministerpräsidenten, Major Conrath, sowie der ungarische Geschäftsträger, Legationsrat Arno v. Bobrik, und zahlreiche weitere Mitglieder der ungarischen Gesandtschaft eingefunden.

Im Auftrage des preußischen Ministerpräsidenten flieht als Ehrenbegleitung der persönliche Referent des Ministerpräsidenten, Ministerialrat Dr. Gritzbach, nach Budapest mit. Beim Abflug erwies eine verstärkte SS-Wache dem hohen ungarischen Gast die Ehrenbezeugungen.

*

Ministerpräsident Gömbös traf Dienstag kurz nach 17 Uhr mit dem von Ministerpräsident General Göring zur Verfügung gestellten Flugzeug „Manfred von Richthofen" mit seiner Begleitung auf dem Budapester Flughafen ein. Mit stürmischen Eljenrufen begrüßten die zahlreich Versammelten den Ministerpräsidenten, der einen höchst frohen und zufriedenen Eindruck machte. Er sowie die Herren seiner Begleitung gaben in herzlichen Worten ihrer Freude und Befriedigung über den Empfang Ausdruck, der ihnen in Deutschland überall bei den maßgebenden Persönlichkeiten und bei der Bevölkerung zuteil geworden ist.

Die Herren betonten übereinstimmend, daß der Aufenthalt in Berlin unvergeßliche Eindrücke zurückgelassen habe, und die Tage reich an äußerst wertvollen und schönen Erlebnissen gewesen seien.

Gömbös wird unmittelbar nach seiner Rückkehr dem Reichsverweser von Horthy und dem Kabinett Bericht über seine Berliner Besprechungen mit dem Führer und den übrigen Kabinettsmitgliedern erstatten.

Englische Schlappe in Indien

London, 1. Oktober.

Bei der seit etwa 14 Tagen andauernden britischen Strafexpedition gegen aufständische Stämme an der Nordwestgrenze Indiens hat die britische Truppe am Montagmorgen eine ernste Schlappe davongetragen. Eine englische Abteilung geriet in der Nähe des Nahakkipasses im Mohmandgebiet in einen Hinterhalt. Sie hatte dabei an Toten und Verwundeten 130 Ausfälle. U. a. wurden zwei britische Offiziere getötet und zwei weitere verwundet.

Insgesamt sind 15 000 englische Soldaten an den Operationen beteiligt, die mit Flugzeugen, Kavallerie, Tanks, Infanterie und Artillerie durchgeführt werden.

Eine kurze amtliche Mitteilung gibt eine genaue Verlustliste der Offiziere und der englischen Soldaten. Danach steht fest, daß ein englischer Leutnant getötet worden ist. Als „vermißt und wahrscheinlich getötet" werden gemeldet: Ein englischer Hauptmann und ein Artilleriesoldat, sowie zwei indische Offiziere. Als verwundet werden angeführt: Vier englische Offiziere, zwei indische Offiziere und ein englischer Artillerist. Die Aufzählung schließt: Schätzungsweise wurden 80 indische Offiziere und Soldaten getötet oder verwundet. Eine Beschreibung des Kampfes, die im Laufe des Abends vom Ministerium für Indien ausgegeben wurde, sagt: Aus Indien sind Nachrichten eingetroffen, denen zufolge es scheint, daß mit Rücksicht auf erneute Tätigkeit gewisser Teile des Mohmand-Stammes beschlossen worden war, mit einer starken Streitmacht von der Umgegend des Nahaki-Passes aus eine Erkundigung zu unternehmen. Am frühen Morgen des Sonntags traf die Spitzenkompanie des 5. Bataillons des 12. Grenztruppenregiments auf einen sehr überlegenen Feind, der sich sorgfältig verborgen hatte. Ein schwerer Kampf folgte, und beide Seiten erlitten schwere Verluste.

Entspannung am Fettmarkt zu erwarten

Berlin, 1. Oktober.

Der Bezug der für eine hinreichende Versorgung der Bevölkerung mit Margarine erforderlichen Rohstoffe ist nunmehr von der Devisenseite her sichergestellt. Das bedeutet praktisch, daß die Margarine-Industrie im laufenden Vierteljahr erheblich größere Mengen an Margarine herstellen und in den Verkehr bringen wird als in dem abgelaufenen Vierteljahr.

Außerdem hat heute die Reichsstelle für Milcherzeugnisse, Oele und Fette auf Anordnung des Reichsernährungsministers aus ihren Beständen Butter und Schmalz in erheblichem Umfange zur Verteilung gebracht.